

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H. Halle, Reichenstraße 14. Abbestellung: Halle, Reichenstraße 14. Anzeigenpreis: 15 Goldmarken i. d. W. für 10 Zeilen in 1. Klasse im Zentrum. Manuskripte zu richten nach Halle, Reichenstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegramm-Adress: Klassenkampf Halle. Kontoführer: Commerz- u. Privatbank Halle. Postfach: 10084. Preis 1000 Goldmarken.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 28. Oktober 1925

5. Jahrgang \* Nr. 239

## Regierungstrife in Deutschland und Frankreich

### Große Koalition in Sicht - SPD. grundsätzlich nicht abgeneigt - Sozialdemokratische Arbeiter, seid Ihr damit einverstanden?

#### Kommunistische Fraktion beantragt Reichstagsvereinbarung

Die kommunistische Reichstagsfraktion sandte folgendes Schreiben an das Präsidium des Reichstages:

„Die kommunistische Fraktion beantragt angesichts der schwerwiegenden außenpolitischen Entscheidungen und wegen der Regierungstrife, die durch den Rücktritt der drei deutschnationalen Mitglieder entstanden ist, den sofortigen Zusammentritt des Reichstages. Durch den Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion ist die Regierungsmehrheit zerfallen. Die jetzige Regierung verliert nicht mehr über eine Mehrheit. Weitere Regierungsmaßnahmen dieses Kabinetts sind also unmöglich und entscheiden jeglicher Reichsgrundlage.“

„Da auch die Wahlen der letzten Tage offenbarte Entscheidungen gegen die bisherige Regierung sind, ist eine sofortige Stellungnahme des Reichstages zur Regierungstrife erforderlich. Sollte der Reichstag von sich aus nicht den sofortigen Zusammentritt des Reichstages veranlassen wollen, so beantragen wir die Bezeichnung unseres Antrages durch den Reichstagsrat.“

(11. Berlin, 27. Oktober. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat bei dem amtierenden Vizepräsidenten des Reichstages, Dr. Heiser, den Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages gestellt. Dr. Heiser hat sich entschieden, dem Antrag noch keine Folge zu geben. Auch ein Zusammentritt des Reichstages ist vorläufig noch nicht beabsichtigt.

#### Die Deutsche Volkspartei für Locarno

Bereitstellung gegenüber den Deutschnationalen - Fühlingnahme zur SPD. zwecks Großer Koalition

Am gestrigen späten Abend gab die Deutsche Volkspartei ein Communiqué heraus, welches wesentliche Inhalt die Annahme des Paktes von Locarno ist, da es in allen wesentlichen Punkten den Grundgedanken der deutschen Antwortnote vom 20. Juni 1925 und somit auch den Richtlinien der Deutschen Volkspartei vom 2. Juli 1925 entspricht. Deutsche Lebensnotwendigkeiten werden nicht preisgegeben. Die reifliche Erklärung für Locarno wird nur äußerlich ein wenig eingeschränkt durch eine neue Forderung nach „als baldiger Ausräumung der ersten Rheinlandzone“.

Zum Schluß wird der Deutschnationalen Volkspartei ein Sieb verleiht, sie habe durch ihr Verhalten das Vertragswerk von Locarno „färbet und frage darum die Verantwortung für alle daraus folgenden außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten.“

Wie die „Rote Fahne“ meldet, ist gleichzeitig mit diesem Communiqué beschlossen worden, an die SPD. zwecks Bildung der Großen Koalition heranzutreten.

Die vorstehenden Meldungen geben bereits ein ziemlich abgerundetes Bild von dem, was sich nach dem Rücktritt der deutschnationalen Minister auf der politischen Bühne abspielen soll.

Zunächst verhindert man den sofortigen Zusammentritt des Reichstages, den die kommunistische Fraktion mit Recht dringlich fordert. Dagegen ist tatsächlich eine Ungeheuerlichkeit, in diesem Augenblick, wo die schwerwiegendsten Probleme und die wichtigsten Entscheidungen das gesamte deutsche Volk beschäftigen, den Reichstag, der doch angeblich die wahre Volkvertretung sein soll, auszuscheiden, denken die Parteien bis zu den Sozialdemokraten nicht im geringsten daran, die kommunistische Forderung auf sofortige Reichstagsvereinbarung zu unterstützen. Warum nicht? Weil man Zeit gewinnen will, um hinter den Kulissen zu tuscheln!

Vor allem ist das Ziel der Deutschnationalen zunächst das, Zeit zu gewinnen. Ihre Politik ist eine Politik der erbärmlichen Feigheit. Sie stellen sich die Sache ungefähr so vor, möglichst anderen Parteien die Verantwortung für die Annahme des Kriegspaktes von Locarno aufzuzählen, um dann hinterher wieder Klugmacher einer verlogenen nationalistischen Propaganda zu sein und durch diese wieder in die Regierung hineinzukommen. Diese Rechnung muß diesen schwarzweißen Volksbetrügern gründlich verfallen werden! Ein Weg dazu wäre, in vollster Reichstagsöffentlichkeit sie zur Rede und Antwort zu zwingen, ihre verlogene Politik zu entlarven und schließlich durch Reichstagsauflösung und Neuwahlen ihnen eine dementsprechende Quittung für ihren Volksbetrug auszuliefern.

Indem die übrigen Parteien, insbesondere die sogenannten republikanischen, die doch angeblich gegen die Schwarzweißherrschaft kämpfen, den kommunistischen Antrag auf Reichstagsvereinbarung nicht unterstützen, helfen sie in Wirklichkeit den Deutschnationalen bei ihrem Betrugsmanöver.

Noch eine zweite, und zwar die wichtigere, Seite hat das Bestreben aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, die Reichstagsöffentlichkeit zu vermeiden. In diesem Falle ist der Angelpunkt die SPD. Die Sozialdemokratie steht wieder vor der Entscheidung, ob sie wieder in eine Große Koalition, die alle bürgerlich-republikanischen Parteien und neuerdings auch die Deutsche Volkspartei dringend wünschen, ein treten soll.

Um es gleich vorher zu nehmen: Es genügt, die sozialdemokratische Presse in die Hand zu nehmen, um diese Frage mit 90 Prozent Wahrscheinlichkeit bejahen zu können. Herr J. D. H. Schulz, B. tritt sich in einem geflügelten Leitartikel des „Volksblatt“ „Die Forderung der Stunde“ dahingehend aus, daß die Sozialdemokratische Partei sich weder vor Kleinen noch vor Großen Koalitionen fürchte, d. h. man ist nach wie vor grundsätzlich zur Großen Koalition bereit.

Ganz klar aber darüber, warum es geht, hat sich der Demokrat Georg Bernhardt in der „Wolffischen Zeitung“ ausgesprochen: Die Hauptzüge eines längeren programmatischen Artikels sind:

„Der Schlüssel zur Situation liegt deshalb bei der Deutschen Volkspartei. In ihrer Hand liegt jetzt die Möglichkeit, die Große Koalition wiederherzustellen. In Deutschland ist nach anderer Ueberzeugung für die nächsten Jahre ruhig und dauernd nur mit der Großen Koalition zu regieren. Schon zeigen sich, wie die Wahlen in Baden und in Berlin deutlich erkennen lassen, die Spuren der einseitigen Klassenpolitik, die in den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen vom Kabinett Luther bisher getrieben worden ist. Die soziale und politische Situation in Deutschland ist einander bei der steigenden Not in den unteren Volksschichten und bei der Rücksichtslosigkeit, mit der über die Bedürfnisse dieser Massen in den letzten Monaten hinweggeschritten worden ist. Es muß einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß wenn die Vinte einer solchen volkswidrigen Politik weiter verfolgt wird, in Deutschland sich eine zweite Revolution vorbereiten, gegen die alles, was bisher in Deutschland Revolution genannt worden ist, ein Kinderpiel sein wird.“

In diesem Zusammenhang ist es außerordentlich wichtig, was das Berliner „Selbst-Bewußtsein“ zu melden in der Lage war. Nach dieser Zeitung haben bereits prominente sozialdemokratische Führer erklärt, daß sie trotz der gewaltigen Stärkung der KPD, in Berlin, trotz der Möglichkeit einer Arbeiterpolitik im Berliner Kommunalparlament die Große Koalition zu machen ge-

den. Berücksichtigt man weiter, daß die vielen dem Reichsbanner nahestehenden Blätter vollkommen klar die Notwendigkeit der Großen Koalition verstehen, dann weiß man, was das Kernstück der gesamten deutschen Politik heute ist:

Die sozialdemokratischen Führer sind wieder einmal auf dem Sprünge, die Bourgeoisie aus einer ihrer schwersten Krisen zu retten. Die deutsche Kapitalistenklasse geht wieder mit Erfolg auf die Sozialdemokratie zurück. Die bürgerlichen Parteien werden durch die Große Koalition sich von neuem eine Uebergangsregierung zur schwarzweißen Volksregierung einrichten lassen.

Die heutige Situation gleicht also auf ein Haar der Situation nach dem Bankrott der schwarzweißen Cuno-Regierung, die durch ein Kabinett der Großen Koalition abgelöst wurde, das nichts anderes war, als mit Hilfe der SPD, eine Uebergangsregierung zur Secht-Diktatur.

Die sozialdemokratischen Arbeiter stehen hier also vor einer ganz klaren und eindeutigen Entscheidung: Für oder wider die Große Koalition, für oder wider die bürgerliche Koalitions-politik überhaupt!

Die „Wolffische Zeitung“ hat schon recht: Entweder Rettung des kapitalistischen Systems durch die Koalitions-politik, d. h. durch das Schließen von Kompromissen mit dem Bürger-tum, oder eine neue Revolution!

Die großen Massen der sozialdemokratischen Arbeiter, die christlich eine Korrektur an der verpöhligen November-Revolution von 1918 wollen, müssen als erstes den allergrößten Kampf aufnehmen gegen ihre Führer, die die verderbliche Koalitions-politik wollen. Als zweites muß sich eine soweit wie möglich geführte proletarische Front bilden, und unter der Parole: „Fort mit den schwarzweißen Volksbetrügern“ die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen erzwingen.

Die müssen außerdem ganz im Zeichen der Frage „Locarno oder Locarno“ und innenpolitisch im Zeichen der Frage „Kapitalisten-Regierung oder Arbeiter-Regierung“ stehen.

Gelingt es nicht, eine starke proletarische Einheitsfront für die nächsten Tage zu schaffen, gelingt es den sozialdemokratischen Führern, ihr altes verwerfliches Spiel fortzusetzen, dann werden die Schwarzweißherrscher trotz aller ihrer Kräfte von neuem triumphieren!

## Katastrophale Lage in Frankreich

### Demission des französischen Kabinetts

(11. Paris, 27. Oktober.

Nach der Demission des Kabinetts gab Painlevé eine Erklärung ab, in der er den Rücktritt des Kabinetts mit der Uneinigkeit des Kabinetts über Caillass' Finanzvorläufe begründete. Zu den dringenden Aufgaben der Regierung gehöre vor allem eine stabile Parlarmentarvermehrung, die für die Regierung in der Finanzpolitik jetzt nicht vorhanden wäre, so daß das Kabinett einmütig der Demission zugestimmt habe.

### Barteiberalungen nach dem Rücktritt Painlevés

#### Auflösung der Kammer?

(11. Paris, 27. Oktober. Nach der Rückkehr aus dem Exil hatte Painlevé eine längere Unterredung mit Caillass. Die Fraktionen der Linken hatten sich nach der Demission der Kammer zu einer Beratung zusammengefunden und sich in der Finanzpolitik für eine erhöhte Belastung des Kapitals an Stelle neuer Steuern ausgesprochen. Worgen sich werden auf den Vorschlag der Sozialisten die vier Gruppen der Linken in getrennten Sitzungen zur Regierungstrife Stellung nehmen. Man stimmt an, daß die Auflösung der Kammer verlangen werden, damit die Wähler zwischen der Kapitalvermehrung und neuen Steuern entscheiden können. Heute haben sich die Linksparteien der Kammer sofort mit ihren Senatspräsidenten über die Lage in Verbindung gesetzt.

### Möglichkeiten für die Regierungsneubildung in Frankreich

(11. Paris, 28. Oktober. Man erwägt in Pariser politischen Kreisen drei Möglichkeiten zur Regierungsneubildung. 1. ein

neues Kabinett Painlevé unter Hinzuziehung einiger Minister der Senats, die dem Kabinett nahestehen, so z. B. der frühere Kolonialminister Caillass. 2. Mehrzähliger Verlauf der Kabinetskrise, hieran Zutreten eines Kabinetts Briand. 3. Ein Kabinett Herriot. Die dritte Möglichkeit wird in gut wie ausgeschlossen angesehen. Dagegen hat die erste Möglichkeit die größte Wahrscheinlichkeit für sich.

Die französische Regierungstrife ist nicht weniger schwer als die in Deutschland. Die Lage Frankreichs ist katastrophal. Der reichstärkliche französische Imperialisismus leidet dem französischen Volk immer schwerere Opfer an Geld und Menschenleben in Marokko und Syrien. Dazu führt über den Massen des französischen Volkes das Gespenst der Inflation.

Genau so wie man Hindenburg als „Retter“ begrüßte, und wie dieser Hindenburg mit seiner gesamten Politik längst bankrott gemacht hat, genau so hat auch der als Retter begrüßte Caillass, der vor 6 Monaten Finanzminister wurde, um die französischen Finanzen zu lancieren, eine vollständige Pleite erlitten. Sein Volk ist einer Geldnot leidenschaftlich ergriffen. Die Kapitalisten aber wollen keine Steuern zahlen, sondern müssen sie nach deutschem Muster auf die breiten Massen ab. Der Staat hat seinen tiefsten Stand erreicht. Der Notenlauf hat eine ungeheuerliche Vermehrung erfahren. Schon ist die 51. Milliarde in Umlauf und die letzte Forderung von Caillass war, diesen Umlauf auf 60 Milliarden zu erhöhen.

Genau so wie in Deutschland die Sozialdemokratie der Kapitalistenklasse als Rettungsanker erscheint, so soll es auch in Frankreich gemacht werden. Gegen Hunger und Inflation, gegen imperialistischen Krieg und Dummheit soll die Sozialdemokratie das Schmeißel bilden. Sie soll in die Regierung hinein.

Es hängt genau wie in Deutschland es auch in Frankreich davon ab, inwieweit es gelingt, die Arbeiter und Bauernmassen zu einer proletarischen Front zu sammeln und diesen proletarischen Block in direktem Kampfe der französischen Kapitalistenklasse entgegenzusetzen.

# Was bedeutet ein deutsch-russisches Bündnis?

Von Arthur Holtenberg

Die sozialdemokratischen Führer haben zwei Argumente, mit denen sie die Orientierung bekämpfen. Entweder sie legen: die deutsche Orientierung, also ein deutsch-russisches Bündnis, ist der neue Akt der Entente, oder sie legen: Russland kann Deutschland nichts bieten, weder politisch noch wirtschaftlich, darum wäre eine Orientierung gegenstandslos.

Es ist notwendig, gegenüber den Verwehrungen der sozialdemokratischen Führerschaft ganz klar nachzuweisen, was die politische Orientierung für Deutschland heißt. Ein deutsch-russisches Bündnis bietet politisch für Russland außererwartend, für Deutschland aber sehr viel. Außerdem, wie es ist mit seiner ungeheuren räumlichen Ausdehnung und den bekannten geographischen Bedingungen, ist außerordentlich schwer anzugreifen. Die russische Rote Armee ist in der Verteidigung des heimatischen Bodens geradezu unüberwindlich. Sowjet-Russland kann sehr gut auch ohne ein deutsches Bündnis aushalten. Wenn aber Russland dennoch ein Bündnis mit Deutschland schließt, ist es aber zu einem erheblichen Teil seine höhere politische und strategische Position auf. Russland übernimmt Verpflichtungen gegenüber Deutschland, die zu großen Schwierigkeiten und Opfern führen.

Es ist klar, daß die russischen Arbeiter und Bauern ein derartiges Bündnis nur zugunsten eines proletarischen Deutschlands übernehmen werden. Die Sowjetregierung will auch mit einem bürgerlichen Deutschland in Frieden leben. Das hat die Sowjetregierung von Kappals bis zum Abbruch des deutsch-russischen Handelsvertrags oft genug gezeigt. Aber das deutsch-russische Bündnis wird nur zwischen den russischen Arbeitern und Bauern und einer deutschen Arbeiter- und Bauernregierung möglich sein.

Was würde ein solches deutsch-russisches Bündnis sich in der Praxis auswirken? Würde es einen neuen Krieg bringen? Gerade das Gegenteil wäre der Fall! Die akute Kriegsgefahr für das (jetzige) Deutschland besteht nicht so sehr in der deutsch-französischen als vielmehr in der deutsch-polnischen Grenze. Volens rechnet sich Sowjet-Russland nur in den letzten fünf Jahren ebenfalls fastig genug. Aber die polnische Regierung sollte bei allem Wohlstand, den die russische Rote Armee sehr hoch hat, aber England sehr weit ist. Die russische Wirtschaft ist in der letzten polnischen Regierung zur Kenntnis gebracht, wie sich bei den letzten Vorträgen in Warschau zeigte. Ein Verleumdungsbündnis zwischen Deutschland und Russland wäre das beste Mittel, um in Polen einen noch höheren Bemühen zu bewirken. Weder das deutsche noch das russische Proletariat denkt daran, die Selbständigkeit des polnischen Volkes anzutasten. Ein proletarisches Deutschland würde im Osten auch nur gefestigte, vernünftige Beziehungen anstreben. Auf Einzelheiten (polnischer Korridor, Danzig usw.) braucht hier nicht eingegangen zu werden. Eine derartige deutsch-polnische Verständigung ohne Krieg ist nur beim Bestehen eines deutsch-russischen Bündnisses möglich, das durch die Macht seiner Existenz auf die polnischen Gewaltpolitiker einschüchtern wird.

Niemand kann die Möglichkeit verneinen, daß in Frankreich das System Poincaré wieder ausbricht. Welchen Schatz hätte Deutschland gegen einen neuen Aufbruch unter dem System von Locarno? Die Anhänger der Weltorientierung antworten: die englische Garantie. Glaube macht Glanz, und wer auf die englische Garantie setzt, auf die Vergrößerung des Weltreichs, muß sich tunlich freuen. Bei dem vorliegenden neuen Beschluß des französischen Imperialismus über den Rhein würde England genau so mittelmäßig abseits stehen, wie beim Ruhrkrieg.

Ganz anders wäre die Lage bei dem deutsch-russischen Defensivbündnis. Sowjet-Russland pflegt viele Verträge und Beziehungen zu halten. Die Garantie der deutschen Unverletzlichkeit durch die Rote Armee Russlands wäre etwas mehr wert als die Unverletzlichkeit des Herrn Chamberlain. Die Gefahr eines deutsch-polnischen, genau so wie die eines deutsch-französischen Krieges würde durch das deutsch-russische Bündnis nach menschlichen Ermessen außerordentlich vermindert.

Was heißt es jedoch mit der Behauptung der sozialdemokratischen Führer, daß das deutsch-russische Bündnis sofort den neuen Weltkrieg zur Vermeidung des Berliner Vertrags bringen würde? Wir Kommunisten wollen den Berliner Vertrag und den Dames-Pakt nicht durch einen Kontrakt aufheben, sondern durch die fluge Politik eines proletarischen Deutschlands, das die Solidarität des französischen und englischen Proletariats wahrhaftig. Der Abschluß eines deutsch-russischen Bündnisses ist ein Schritt, der die Orientierung der Berliner Verträge, sondern dieses Ziel ist nur die gemeinsame Aktion des russischen, des deutschen und des westeuropäischen Proletariats zu erreichen. Der Weg, der dorthin führt, geht über die internationale Gewerkschaftseinheit. Ist beim Abschluß eines deutsch-russischen Bündnisses die Revolutionierung Westeuropas noch nicht genug fortgeschritten, so müßte Deutschland zunächst im Rahmen der Verträge bleiben, oder es hätte bei jedem

Konflikt mit dem Entente-Kapital an Sowjet-Russland eine Stütze, wie sie jetzt lehrbuchmäßig nicht da ist.

Der wirtschaftliche Sinn eines deutsch-russischen Bündnisses ist schon oft erörtert worden. Nur die Orientierung kann der deutschen Industrie den Weg weisen, aber zur Erreichung des deutschen wirtschaftlichen Zieles nicht. Aber auch politisch ist das Bündnis eines proletarischen Deutschlands mit Sowjet-Russland kein Abwehler, sondern der Weg zum gefestigten Frieden und zur Befreiung vom internationalen Kapitalismus.

## Keine Nämung Kölns für Locarno!

### Die Entwaffnungsnote — „innenpolitisch untragbar!“

Am 13. Januar 1925 sollte die Kölner Zone als verpfändete Gegenleistung für die Annahme des Dames-Abkommens anerkannt werden; heute noch läßt die englische Regierung es sich in Köln wehnen.

Während der Verhandlungen in Locarno wurde jedes Mitglied Chamberlains und Briand als Nämungsoberhaupt in die Welt gepusht. Wenn auch nicht die Heilige Kaschulle für die Zurückstellung der kleinbürgerlich-nationalen Massen zu erreichen war, so sollte doch wenigstens die „Befreiung“ Kölns von den Unzulänglichkeiten der vertriebenen Folgen Locarno's gesichert werden. Die Behauptung eines Regimes, das sich in Locarno — wenn auch nicht formalrechtlich bindend — verpflichtet worden sein, eine Mitte November Köln zu räumen.

Der Effekt: der deutschfreundliche „Manchester Guardian“ teilt mit, daß die Nämung Kölns frühestens im nächsten Frühjahr im Januar beginnen und Mitte Februar beendet sein soll. Das heißt die Sozialisten werden die über die Nämung entworfenen Pläne Deutschland ganz deutlich fühlen lassen, daß für Locarno keine Gegenleistungen zu bekommen sind, daß es doch sein darf, wenn es sich dort für amerikanische Strohziele bewahren konnte und daß die Frage der Nämung Kölns einmal und allein eine Frage der Zurückentwicklung der Entente durchgeführte Entwaffnung ist.

In dieser Frage kann man noch besser als sonst nachweisen, wie jämmerlich gläubig der „nationalen“ Propaganda alle jetzt geachteten Journalisten sind, wenn sie um der Kredit willen die Entente zu friedentellen muß.

Die Entwaffnungsnote ist bereits vor mehreren Tagen — ganz in aller Stille — überreicht worden. Eine Verwirklichung dürfte aber, wie das „Berliner Tageblatt“ meinet, nicht erfolgen, da die innenpolitische Situation in Frankreich und Deutschland dies nicht erlaubt.

Man kann sich dementsprechend ausmalen, wie die Entwaffnungsnote aussehen mag — und trotz all dieser Demütigung kein Entgegenkommen bei der Nämung.

Was für Besprechungen hat die Hindenburg-Regierung, die „Reiter“-Regierung, doch den nationalen Massen gemacht!

Jetzt erreichen ihre Versprechungen täglich neuen Bankrott. Der leinen Gipfel werden wird, wenn auch die letzte deutsch-nationale Opposition, um das Weichen der deutschen Kriegsgefahr auf die amerikanische pervertierte Kräfte an zu ermöglichen, das Land wird, was die Schwerindustrie und die selbständigen Großgrundbesitzer unerträglich Tag für Tag von ihr fordern!

Die „Sozialistische Republik“, unter Kölner Wucherzonen, erzählt aus Kreisen der Anteraktionellen Rheinlandkommission, daß für den Fall der Nämung der Kölner Bezirkspolizei durch die englischen Truppen die französische Truppen zunächst wie jetzt in Bonn nach Weg der Engländer in den Kölner Bezirkspolizei einmü. Köln nachrüden werden, um dort bis zu einer Nämungstermin zu verbleiben, der endgültig von der Sozialistenregierung festgelegt wird.

Unter Kölner Wucherzonen lautet das: „Jans hat diese Meldung bekämpft, würde das praktisch bedeuten, daß an Stelle der englischen Truppen die französischen Truppen einmü. Köln nachrüden werden, um dort bis zu einer Nämungstermin zu verbleiben, der endgültig von der Sozialistenregierung festgelegt wird.“

## ABD. Berlin zum Wahlresultat

### Aufforderung an die sozialdemokratischen Arbeiter zur Schaffung eines roten Arbeiterloos

(Sig. Dramm.) Berlin, 28. Oktober.

Die Begrüßung Berlin-Verhandlung der SPD, erklärt zum Wahlergebnis in Berlin einen Aufbruch an die Berliner Arbeiterklasse, in dem nach Bekämpfung der dringenden Aufgabe einer Arbeiterpolitik im Rathaus der Appell an SPD-Arbeiter gerichtet wird, die Wahlstimme am 25. Oktober nicht in das Gegenteil verfallen zu lassen. Die SPD fordert die SPD-Arbeiter auf, ihre Vertreter im Stadtparlament zu proletarischer Kommunalpolitik zu veranlassen, Blockbildung mit bürgerlichen Parteien zu verhindern und Schaffung eines roten Arbeiterloos in Berlin zu erzwingen.

Aus Anlaß des glänzenden Wahlergebnisses in Berlin hat die Kommunistische Partei Frankreichs ein Glückwunschtelegramm an die SPD gerichtet.

## „Es hilft nichts!“

### Bayrische Pfaffenpartei puscht die SPD-Führer gegen die Rheinland-Delegierten auf

Der „Santische Kurier“, Organ der katholischen Bayerischen Pfaffenpartei, geht am 25. Oktober die ganze schwere Sache, die das Ausbeuter- und Plünderer-angehörige der Wirtungen der Arbeiterdelegations-Berichte unter den sozialdemokratischen Arbeitern wie unter den parteilosen Arbeitern, vor allem aber unter den sozialdemokratischen Organisationsführern, die das Wort spricht im Namen der ganzen herrschenden Klasse, wenn es die Verteilung der SPD und den aktiv antifaßchistischen Teil der Gewerkschaftsführer dagegen aufweist, ihn auffordert, nicht den Kopf in den Sand zu stecken, sondern energisch zu „antworten“. Das Wort mag unter der Hebräerchrift „Die böse Saat des Sozialismus“ gerade den antifaßchistischen Sozialdemokraten, die die schweren Vorhänge, daß es überhaupt so weit habe kommen können, daß die „böse Saat des Sozialismus“ durch die Rheinland-Berichte des Kollegen Freiberger usw. fruchtig geerntet und geerntet werde. Es heißt da nach Berichten über die „sozialdemokratische Stimmung“ gerade den antifaßchistischen Sozialdemokraten, die die schweren Vorhänge, daß es überhaupt so weit habe kommen können, daß die „böse Saat des Sozialismus“ durch die Rheinland-Berichte des Kollegen Freiberger usw. fruchtig geerntet und geerntet werde.

„Überall im Lande kößt man auf die Spuren der Tätigkeit Freiberger und der übrigen Mitglieder der Rheinland-Abordnung. In Nordbrunnen und Südbrunnen verlangt die sozialdemokratische Arbeiterschaft in wachsender Menge Berichte über die Rheinland-Abordnung, die häufig wieder kommen und kommen. Es hilft nichts, wenn die Arbeiterschaft und die „Wächter der Welt“ den Kopf in den Sand stecken und mit Schweigen auf die Tätigkeit Freiberger antworten zu wollen glauben.“

Mag der „Santische Kurier“ sich beruhigen: auch wenn die „sozialdemokratische“ die das Ausbeuter- und Plünderer-angehörige der Wirtungen betrachten darf, sich zu noch härteren Worten gegen die Kollegen aus dem Freiberger-Kreis tonnenlasten läßt, es auch dann werden Herr und Diener zuletzt geteilt müssen: „Es hilft alles nichts.“

## Frankreich läßt keine Abänderung des Locarno-Paktes zu

Paris. Das bürgerliche „Journal des Debats“ erklärt über die augenblickliche innenpolitische Situation in Deutschland: „Die (Luther und Stresemann) können nicht die Sprache führen, die die Deutschen nationaler bedürftig, ohne die Verpflichtungen von Locarno zu verletzen und damit vor seinen der anderen Richtungen demoralisieren herauszufordern, die zu einem Bruch führen könnten. Andererseits wagen sie nicht, die Maßnahmen eines Teiles des Paktes zu vermindern und lassen Möglichkeiten schaffen, von denen sie wissen, daß sie unerträglich sind.“

Mit Bezug auf die „Anforderungen“ der Deutschen nationaler erklärt das Blatt noch mit aller Schärfe, daß keinerlei Herabsetzungen der Abkommen mehr in Betracht gezogen werden.“

## Der Sozialimperialist Boncour über Kriegskrieg 16

Paris. Der „Sozialist“ oder vielmehr Sozialimperialist Paul Boncour, Mitglied der französischen Arbeiterdelegation, erklärt im sozialdemokratischen Parteiblatt „Peuple“ zum Artikel 16 des Völkerbundes Pakt und klar: „Die Verträge von Locarno sind nur Ausführungsbestimmungen des Völkerbundespaktes. Es würde eine Fälschung des Paktes bedeuten, die zu einem Bruch führen könnten, wenn der Ausnahmen zugelassen würde. Der Artikel 16 ist bereits notwendig abgemildert, und der Völkerbund sollte ihn weiterhin, oder nicht noch weiter abmildern. In sozialistischer Beziehung habe ich Deutschland an einer Blockade Russlands zu beteiligen. Die Beteiligung würde sich bei den allen anderen Staaten nach dem Stand der deutschen Sozialpolitik richten.“

Bei der regierungsoffiziellen Völkerbundeskonferenz, die Boncour in Frankreich spielt, haben diese Erklärungen mehr als gewöhnliches Gewicht. Die Haltung Boncours ist hierbes dementsprechend mit dementsprechend den entscheidenden Instanzen der SPD. Nach allem, was die Arbeiter der deutschen SPD-Führer über Artikel 16, Völkerbundespaktes und Frieden mit Russland nicht besser erörtert werden, als durch die Erklärung ihres französischen Kollegen Paul Boncour.

## Frei, Vogel, oder Kirch!

Amerikanische Kredite und Locarno

(Sig. Dramm.) Berlin, 28. Oktober.

Regierung von Washington besetzt in neuerlicher Erklärung ein großes Interesse, das Verleugerte Staat am Völkerbund von Locarno abzulehnen und leicht Hoffnung auf Annahme des Vertrages durch alle Parlamente aus. Die Erklärung ist ein unangelegter Wurf an Deutschland, daß bei Ablehnung des Locarno-Paktes die amerikanischen Kredite gesperrt würden.

## Spaltung der Deutschnationalen?

Nach Presseberichten soll eine Spaltung der Deutschnationalen Partei bevorstehen. Eine Gruppe, die durch die „Kreuzzeitung“ von etwa 25 Mann, wolle sich abspalten. Die „Kreuzzeitung“ soll hinter dieser Richtung stehen.

## Der Gesangene des 20. Jahrhunderts

Eine Erzählung von Karl Lauff

Alle Rechte der Verwertung und des Nachdrucks vorbehalten. Copyright by Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten.

„Ja! Aber wenn er das kann, dann muß er doch erst seine Arbeiter befreien.“

Die Frau suchte mit den Händen.

Der Nationalversammlung wählte Paul die Sozialdemokraten. Sie hatten Ruhe und Ordnung geschaffen und erzielten sie auch zuletzt. Das war ihnen etwas, was Paul ganz verstand. Dann aber kam nach ihm, daß er sich von den Sozialdemokraten, die die Sozialdemokratie befreit gab, die Freiheit nicht zu lassen. Er mußte mit der Politik beschäftigt sein, sagte er sich, daß die Sozialisierung der großen Betriebe, also die Verstaatlichung der Bergwerke und mehr für die Allgemeinheit sehr von Nutzen sei. Und was er sonst darüber hörte, klang alles sehr widersprechend. Die Arbeiterzeitung ließ sich vorbringen, Zeitungen wurden die Arbeiter bekommen. Arbeitslosigkeit würde ausgeglichen werden und mehr. Und Paul wiederholte sich noch mehr, daß, wie mancher alle Sozialdemokrat. Aber eines und zwar, daß Herr Berger auch sozialdemokratisch wählte — damals taten es viele, selbst Kommunisten —, fiel ihm nicht auf.

Die Arbeit befand Paul auch wieder jeden Sonntag, das hatte ihm die Mutter immer ganz besonders eingeprägt, und Religion mußte der Mensch ja auch haben.

In der hergegangenen Nacht waren Volkstheaterstellen ausgesprochen. Alle Verhandlungsmöglichkeiten waren erschöpft und so traten die Arbeiter nach der Abstimmung in den Streik.

Paul hatte dagegen gestimmt. Er sah wohl ein, daß der Lohn sehr gering, die Forderungen wurden die Arbeiter bekommen. Arbeitslosigkeit würde ausgeglichen werden und mehr. Und Paul wiederholte sich noch mehr, daß, wie mancher alle Sozialdemokrat. Aber eines und zwar, daß Herr Berger auch sozialdemokratisch wählte — damals taten es viele, selbst Kommunisten —, fiel ihm nicht auf.

„Du vergißt aber“, hatte einer geantwortet, „daß wir eine Stunde länger arbeiten sollen für weniger Lohn. Wenn sie das erreichen, dann wissen sie nachher viel von uns auf die Straße. Du wirst es erleben.“

Dafür hatte Paul nur ein Köhlein übrig und die Worte: „Hr

müht nicht alles so schwarz sehen. Wer arbeiten will und kann, der fliegt auch nicht, und dann haben wir doch den gesetzlichen Mindestlohn, den kann uns keiner nehmen. Dafür wird schon der Arbeitsminister sorgen. Der ist doch Sozialdemokrat.“

So wendete Paul jeden Morgen an seinen freundschaftlichen Kollegen vorüber in die Fabrik! Manchmal hatte er doch das Gefühl: Was Du tust, ist unrichtig. Aber die Sonntagspredigt und die Worte des Pfarrers: „Wir müssen mehr arbeiten“, schlugen diese seine proletarische Empfindung wieder nieder.

Der Streik wurde von den Arbeitern nach langem, härtem Kampf verteidigt. Sie gingen mit gelbem Kreuz auf die Maschinen und stellten die Arbeit an. Paul, der geläutet hatte, sie würden niedrigeren Lohn fordern, wurde sich, daß sie dennoch so trotzig waren. Nur manchmal hörte er, wie der oder jener noch hinbrachte: „Wartet nur, das nächste Mal wird es anders werden.“

So ging er jetzt alle Tage neun Stunden zur Fabrik, was die anderen nicht taten. Er hatte sich dabei rechtlich und schimpfte zu Hause darüber, aber er sah so pladen müde für das wenige Geld. Mit dem guten Leben, wie es er vor dem Kriegs als Meister geübt hatte, war es vorbei. Daum und er unzulässig. Die Frau beruhigte ihn aber immer wieder: „Mann, wir müssen doch alle arbeiten, wogegen soll denn Deutschland wieder auf die Beine kommen.“ Das sah er dann auch ein.

Aber plötzlich wurde er doch außerstellt. Das Werk machte bekannt, daß es genungen sei, infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage hundert Arbeiter zu entlassen.

Da laugte Paul. Einer sagte zu ihm: „Da hast Du es, das haben wir schon vor dem Streik prophezeit, aber da hastest Du ja recht. Nicht?“

„Gott ja“, antwortete er, „das hast Du ja gesagt, aber wer sagt Euch denn nur, daß sie das bloß aus lauter Schleichheit machen. Die Lage ist vielleicht schlecht und um nicht den ganzen Betrieb schließen zu müssen, entlassen sie nur einen Teil der Belegschaft.“

Der andere lachte nur bitter auf und auch Paul empfand etwas in sich wieder, was nicht mit seinem Einwand im Einklang stand. Warum sie gerade jetzt entlassen, wo immer neun Stunden arbeiten müßten! dachte er. Sie lagern doch immer. Wir müssen mehr produzieren“, und jetzt, wo wir eine Stunde länger arbeiten und dadurch die Produktion haben, werden sie hundert Mann auf die Straße und vermindern so doch die Produktion wieder. Auch daß er nicht zu den Hundert gehörte, beruhigte ihn nicht sehr. Zu Hause

sprach er mit seiner Frau davon. Die wurde müde, sagte ihm an: „Mache Du nur Deine Arbeit und sorge nicht auch noch mit Politik an. Das ist Eoche der reichen Leute. Wir haben kein Geld dazu, uns das leisten zu können.“

Auch Paul sagte sich auf: „Von Politik machen kann ja keine Rede sein. Aber ich mache doch, was ich will und nicht, was Du willst. Du mußt doch selber sagen, daß es nicht richtig ist, wenn uns der Pastor jeden Sonntag vorhält, mehr arbeiten, und nachher, wenn wir eine Stunde länger arbeiten, man dann beinahe die Hälfte auf die Straße legt.“

„Ja, ja, Mann.“ Das ist ja schon richtig, was Du sagst“, beruhigte ihn die Frau, „aber Du weißt doch, beim Volkstheater kommt nichts Gutes raus. Sollte man im Betrieb Deinen Mund nicht halten? Du auch noch. Ohne Geld können wir nicht leben, das mußt Du doch einsehen.“

Das sah ja Paul nun ein, aber auf der anderen Seite sah er nicht ein, was er nicht tun sollte, man dem Streik. Der Zeit dachte er über manches andere nach. Auf dem Wege zur Arbeit trat er auch manchmal Bekannte. Die saßen alle ziemlich erdarmt und auch manchen trüblichen Gesichter. Von ihnen hörte er dann, daß es auch ihnen sehr schlecht ging.

„Du hast doch aber eine schöne Stellung“, sagte er mal zu einem von ihnen.

„Schlecht, meinst Du wohnt“, erwiderte der. „Sollt dich Wachen gehen ich stemmen.“

„Werden denn die anderen Betriebe auch so viel hinaus?“

„Wißt Du denn keine Zeitung?“

„Ja, aber im „Generalanzeiger“ steht davon nichts.“

„Ja, aber im „Generalanzeiger“ steht davon nichts.“

Seit dieser Zeit blieb Paul oft vor einer Arbeiterbuchhandlung stehen und las in den aussehenden Zeitungen. Da erfuhr er nun vieles, wovon er früher nichts gehört hatte. So las er denn eines Tages auch, daß der Vorkensan B... viertausend Arbeiter entlassen hatte, daß die Eisenwerke, welche große Zahl dachte er. Wo sollen die nur alle wieder unterkommen?

Der Wochen später befand sich Paul auch auf der Straße. Hat jeden Tag von der Wohnung zum Arbeitsort, von dort aus in die Betriebe, fragte nach Arbeit, und dann wieder in die Wohnung. Müde langte er dort wieder an. Kein Betrieb stellte Arbeiter ein (Fortsetzung folgt.)















# Halle und Saalkreis

## Aktion, Zellenleitungsmitglieder der Betriebe von Halle!

Am Freitag, dem 30. Oktober, abends 8 Uhr, findet in der Produktions-Gesellschaft eine außerordentliche wichtige Sitzung

aller Zellenleitungsmitglieder statt. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß es unbedingt zu erscheinen ist.

SA, Halle-Merzbürg-Druckgruppe Halle.

## Zur organisierten Selbsthilfe der Verbraucher gegen die Teuerung

Kern des privaten Großhandels zum Kampf gegen die Konsumvereine (Arbeiterkorrespondenz)

Die Teuerung folget die Unzufriedenheit in den Verbraucherkreisen von Tag zu Tag. Millionen erschöpfen sich ausschließlich in billigen Sammen und wütenden Schimpfen, während sie selbst meistens betrüben zu ihrem Unglück. Die viele Millionen erschöpfen sich „neutral“ im politischen Kampf. Die einen aus Ueberzeugung, die anderen aus Unkenntnis gegen sich selber, gegen ihre Familie und ihre Interessengemeinschaft, das heißt gegen ihre eigene Klasse. Sie jammen, schimpfen und murren gegen die Teuerung, gegen die Ausbeutung und das Schmarotzertum. Sie denken aber nicht eine Stunde nach über ihre eigene Schuld an den elenden Verfall. Mit jeder Handlung helfen sie ihren Gegnern: als Bezieher in Produktionsbetrieben treten sie die alten gesellschaftlichen Grundzüge mit Füßen; als Verbraucher tragen sie den Wirtschaftlichen den Profit ins Haus; als Staatsbürger wählen sie ihren Wähler selber und überlassen alle Macht (die nach der Verfassung ja „dem Volk ausgeht“) in Genuß und Unterdrückung den offenen Gegnern der armen und arbeitenden Schichten.

Dazu kommt, daß die bestehenden Kreise ihre besonderen Angelegenheiten und besonderen Reize haben, um ihren Selbst zu verteidigen und zu vergrößern.

Die Wahrnehmung der Profitinteressen des Volkes ist aber außerdem auch eine Aufgabe jeder sogenannten „Wirtschafts-Organisation“. Ein großes Heer von Angestellten hat als Erwerb die Organisierung der Wirtschaft, der Betriebe und des Verkehrs zu beschreiben. In einer leichter verständlichen Sprache heißt das aber Profitförderung mit allen Mitteln, und dieses ist der entscheidende Faktor in der jetzigen Wirtschaft, die Ursache für Elend und Unzufriedenheit.

Hieran kann nur außer politischer und gewerkschaftlicher Kampf der Arbeiter etwas ändern.

Gegen den Profit des Großhandels, des Zwischen- und Kleinhandels können aber die Konsumvereine ein gutes Kampfmittel der Verbraucher sein. So größere Massen zu der Einsicht kommen, ihren ganzen Bedarf in den Konsumvereinen zu decken, desto größer werden auch die Erfolge auf diesem Gebiete sein. Heute liegt die Frage in den Konsumvereinen durchschnittlich 10 Proz. niedriger als beim Händler, wobei die Rückvergütung noch nicht mit in Betracht gezogen ist.

Es empfiehlt diese Selbsthilfe-Bewegung der Verbraucher selbst den Großhandel trifft, das beweist die Stärke des Gegenangriffes der organisierten Geschäftskreise.

In den letzten Veröffentlichungen der Zentralvereine des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels heißt es z. B.:

„Der Zentralverband des Deutschen Großhandels (ZGV) legt mit erhöhter Heftigkeit seine wirtschaftspolitische Tätigkeit auf dem Gebiete der Konsumvereine betriebl. Tätigkeit fort, mit dem Ziel, jegliche Benützung der Konsumvereine auf heuerlichen und sonstigen Gebieten zu verhindern.“

Die Mitteilung des ZGV, bei der (halboffiziellen) gesellschaftlichen Einigungsbildung wird nicht unterbrochen, unter der Voraussetzung, daß der Großhandel in dem ihm wirtschaftlich garantierten Recht: „ohne Konsumvereine von Staatswegen, frei seinen Gewerbetreibenden (ins: Profitmüßigen) betätigen zu können“, in keiner Weise beschränkt wird.“

Dann heißt es dem Sinne nach: die Fachverbände des Großhandels leisten für ihren Zweck die notwendigen Maßnahmen gegen die Konsumvereine selbst entgegen - und wörtlich weiter: „Der ZGV legt insbesondere daran seinen ganzen Einfluß ein, wenn er durch Fachverbände erlaubt wird, bei der Lösung des Konsumvereineproblems durch Einwirkung auf die Industrie mitzuwirken.“

Es folgen eine Reihe von Fragen, die zur Förderung des Kampfes gegen die Konsumvereine von den Fachverbänden des Großhandels reiflos und umgehend beantwortet werden sollen.

Die Beisitzende leuten dann in folgenden letzten Worten aus:

„Auf Grund eines durch das Verbleiben des ZGV zu fallenden Beschlusses hinsichtlich der weiteren Fortführung des Verbandes der Konsumvereinefrage und unter Berücksichtigung des auf Grund der Umfrage zur Kenntnis des ZGV gelangenden Materials wird die Selbsthilfeorganisation einen Plan aufstellen, wie in Zukunft der Kampf gegen die Konsumvereine weitergeführt werden soll, insbesondere, ob es zweckmäßig erscheint, eine besondere Besonderevereinbarung ins Leben zu rufen, welche Kosten hierfür einbringen und wie die Deckung dieser Kosten gesichert wird.“

Man sieht, daß sich der Zentralverband des Deutschen Großhandels die Sache etwas lösen lassen will: ein Plan wird aufgestellt, eine besondere Propagandakasse eingerichtet, die Agitation und der Kampf gegen die Konsumvereine soll mit allen Mitteln geführt werden. Die Kosten tragen natürlich die Verbraucher; denn alles wird in die Warenpreise hineingekalkuliert.

Nicht zuletzt wird der Haß der Großhändler gegen die Konsumvereine durch die Tatsache, daß die zentral zusammengefaßten Konsumvereine immer mehr zur Eigenproduktion im großen übergehen. Das legt selbst die Tatsache vor unseren Augen, wie ein großer Prozentsatz des gesamten Bedarfs der Konsumvereine hat; aber trotzdem scheint das schon zu genügen, um die Großhändler als Mittel zu dienen, bei der Industrie ihre guten Waffengüter im Kampf gegen die Konsumvereine zu finden, wie es in den obigen Veröffentlichungen zum Ausdruck kommt.

Ohne irgendwelche Meinung auskommen zu lassen, daß dem Finanzkapital, der Industrie und den Großhändlern allein, von der

Seite der Verbraucherorganisationen die Wege zum Profit endlich abgelehnt werden können, ist es notwendig zu betonen, daß trotz alledem die Verbraucherverorganisationen eine ansehnliche Macht für die Arbeiterklasse im Kampf um Dasein sind. „Organisierter Selbsthilfe der Verbraucher“, das bedeutet für jeden einzelnen, daß er aktives Mitglied der Konsumvereine sein sollte. Dieses Wort ist nicht nur ein Selbstverpflichtung, sondern eine Aufforderung der breiten Volkstheile, daß die Konsumvereinebewegung eng zusammenarbeitet mit den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, die sich für die Interessen der armeren Volkstheile einsetzen, ist unbedingt notwendig und dafür zu sorgen, ist selbstverständliche Aufgabe aller Konsumvereine-Mitglieder.

## Abbau der Wohnungsmieter

Aus dem Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt wird dem Anstlichen Preussischen Volksdienst geschrieben:

Die Vorschriften der Wohnungswirtschaftsreform haben seit Jahresfrist vielfache Forderungen erfahren. Seit Ende des vorigen Jahres werden in hiesiger Provinz immer und über große Wohnungen und in vielen Gemeinden auch die gewerblichen Räume nicht mehr durch die Wohnungsmieter bewirtschaftet. Auch sind zahlreiche Gemeinden dazu übergegangen, die Vermittlung von Wohnungen bestimmter Art den Veräußerungsberechtigten nach gewissen Richtlinien zu überlassen. Infolge dieser Maßnahmen haben sich die Bedürfnisse der Wohnungsmieter wesentlich vermindert. Da jedoch der Abbau der Wohnungsmieter, insbesondere auch der durch die Finanznot gebotene Realisation, mit dieser Einschränkung der Dienstleistungen nicht übereinstimmend Schritt gehalten hat, so hat der Minister für Volkswohlfahrt die Regierungsräte

## Internationale Arbeiterhilfe

Die Ortsgruppe Halle des Bundes der Freunde der I.A.H. veranstaltet am Dienstag, dem 3. November, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Vollparl“ einen

### Erich Weinersabend.

Die monarchistische Propaganda der Schwand der hiesigen Demokratie, die Rassenpolitik, überhaupt die Herrschaft unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, überhöhter Weintert in selbstverlesenen Vorträgen und Gedichten mit beifolgendem Spott. In allen Städten Deutschlands waren die Erich Weiners-Abende überaus beliebt.

Frauen und Männer erscheint in Massen.

Eintritt 50 Pfennig, im Saal der Freunde der I.A.H. Ortsgruppe Halle.

Die an die Funktionäre und Organisationen ausgegebenen Karten müssen unbedingt bis spätestens Dienstag abend 7 Uhr im Bureau der I.A.H., Dorotheenstr. 1, oder am Eingang des Saales abgerechnet werden.

benoten erneut darauf hingewiesen, die Gemeindebehörden nachdrücklich anzuweisen, den weiteren Abbau der Wohnungsmieter entsprechend der zunehmenden Selbsthilfe mit taktischer Bescheidenheit zu betreiben.

Was mit von der Zwangsmitgliedschaft in Wohnungswesen immer vorzuziehen ist, hat nun eingetroffen. Die preussische Regierung, und zwar das Ministerium mit dem prägnanten Namen „Volkswohlfahrt“, verfügt, den Abbau der Wohnungsmieter mit taktischer Bescheidenheit zu betreiben. Die Begründung, diese Wohnungsmieter hätten nicht mehr zu tun, ist geradezu unerschrocken angelehnt der jüdischen Wohnungsmieter, die immer häufiger werden die Stadt Halle bietet ein Schulbeispiel dafür, und die 50 bis 60 ertüchtigten Arbeiterfamilien sollten gerade genug Arbeit für die Wohnraum sein, von all den anderen wichtigen Fragen ganz zu schweigen.

Es muß verstanden werden, daß die Gemeinden diesem Anhalten der Regierung Folge leisten, sollen nicht die Hausbesitzer auch den letzten Pfennig ihrer unerfüllten Ansprüche noch nachgeholt erhalten. Vor allem müssen aber auch die Mieterorganisationen auf den Plan treten, um die Rechte ihrer Mitglieder geltend zu machen. Bekommen sie nicht ihr Recht, so muß auch in diesem Fall gefordert werden, daß die Regierung „mit taktischer Bescheidenheit“ verfährt.

## Die Novembermiete unverändert

Wie der Anstliche Preussische Volksdienst mitteilt, tritt in der Verordnung der geltenden Miet für den Monat November gegenüber dem Vormonat keine Änderung ein. Es bleibt bei dem bisherigen Oktoberfuß in Höhe von 52 bzw. 78 Prozent.

## Hallische Tageschronik

### Die hallischen Straßenmisse

Am 26. Oktober, gegen 7.05 Uhr nachmittags, überfiel ein auf der Berliner Straße ein von der Lindenburgerbrücke kommender, in Richtung Dömitz fahrender Personentransport, wobei die Invaliden verunglückten wurden. Einer derselben kam mit leichten Verletzungen davon, während ein anderer, ein Herr, ein junger Herr, hart blutende Verletzungen am Kopf erlitt und mittels eines anderen Personentransporters der Klinik zugeführt werden mußte. Der Kraftwagenführer blieb unversehrt. Der Kraftwagen wurde stark beschädigt. Die Ursache des Unfalls konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Am 26. Oktober, gegen 8.45 Uhr, fiel ein auf der Trothaer Straße an einem mit Sand beladenen Wagen das Bordwand. Der Wagen blieb auf dem Straßenrand stehen, so daß der Verkehr der Straßenbahn etwa eine Viertelstunde lang unterbrochen und durch Umleiten aufrecht erhalten werden mußte.

### Gardinenbrand

Am 26. Oktober, gegen 4.10 Uhr nachmittags, entstand in der Wollmanstraße, vermutlich durch Spielen eines hiesigen Kindes mit Feuersteinen, ein Feuer, welches einen Gardinenbrand verursachte, der in der Höhe von 10 Metern sich ausbreitete und durch Hausbesitzer gelöscht war. Der Schaden ist unbedeutend.

### Einheits-Komitee für Jugenddelegation

Einheits-Komitee Halle: Heute abend 8 Uhr findet im „Vollparl“ (2. Ober-Zimmer) eine sehr wichtige Sitzung statt, zu der jeder Organisation, die dem Einheits-Komitee angehört, ihren Vertreter entsenden muß. Die Mitglieder des Einheits-Komitees treffen sich alle um 8 Uhr im „Vollparl“.

Am Donnerstag, dem 26. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Vollparl“ eine Sitzung des Einheits-Komitees mit familiären Jugenddelegierten statt. Es müssen alle alle Jugendlichen, die von ihrer Jugenddelegation zum Bundestag entsandt sind, an dieser Sitzung teilnehmen. Nebenbei müssen natürlich auch sämtliche proletarischen Jugendorganisationen ihren Vertreter zu dieser Sitzung entsenden. Bezirks-Einheits-Komitee.

## Die SPD. weiß keinen Ausweg aus der Kulturkrise

### Zur Frauenverammlung der SPD.

Gestern abend hatte die SPD. eine Frauen-Verammlung einberufen, in der die Landesvorsitzende Wegscheider über „Die Kulturkrise“ sprach. Sie ging zwar aus von dem Satz, daß die Kulturkrise nur eine andere Seite der Wirtschaftskrise sei, brachte aber ihre Ausführungen über die Kulturkrise auf die proletarische und über die Fragen des Interesses und des Klassenkampfes zurück, und die Schule wieder vollständig von der Kultur abhängig macht, keineswegs in Verbindung mit dem Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft, in dem wir uns heute befinden. Die hauptsächlichste Voraussetzung war nämlich die völlige Abhängigkeit der Arbeiterklasse im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsverordnung. Aus diesem Grunde konnte die Referentin auch keinen Ausweg zeigen.

Zur Frage der Wirtschaftskrise erwähnte sie nur den parlamentarischen Antrag der SPD., daß Abtreibungen in den ersten drei Monaten gestattet sein sollen. Es blieb unerwähnt, warum die Regierung nur für diese drei Monate eintrat, da sie doch selbst ausreichte, daß die Abtreibung kein Spaß sei und nur aus tiefstem Elend heraus vorgenommen wird. Dem Klassenkampf stellte sie die Erziehung weltlicher Schulen entgegen, die sich in den sechs Jahren der Nachkriegszeit nicht durchgeführt haben und in der heutigen Situation des erneuten Aufstiegs der Konterrevolution noch weniger durchzuführen können und die außerdem nur einen ganz kleinen Teil der Kinder des Proletariats von dem allgemeinen Kampf der proletarischen Eltern und der gesamten Arbeiterklasse abtrennen könnten, hat dann noch das in der Wirtschaftskrise verbreitete Mißtrauen des Kindes freier Schulverhältnisse, in dem ausdrücklich abgelehnt wird, die Kinder für eine bestimmte, also auch nicht für die marxistische, Weltanschauung zu beeinflussen, und in dem man bemerkt, daß man die Kinder, zu guten und nützlichen Staatsbürgern (des kapitalistischen Staates) erziehen will, so ist es von jeder fortschrittlichen Weltanschauung abweichende Haltung wohl jeder staatsbewußten Arbeiterin verurteilbar.

Genossin Rasch stellte zur Illustration dessen, daß die Arbeiterklasse kulturell nur bereit wird, wenn sie die Wirtschaftsverhältnisse ändert und die politische Macht in Händen hat, den Vater- und Kindeshaß in Genuß-England dem Domes-Deutschland gegenüber. Das ersetzte die SPD-Referentin im Schlußwort zu einem Märchen über ungeheure Scharen verurteilter und verurteilter Kinder von gemischten Sozialrevolutionären und über „die schreckliche Töchter“.

Interessant war, daß Herr Bernhardt, der lezt auch in Halle eine weltliche Schule zu gründen denkt, eine ungeheure Menge an Geld hat, daß die kommunikativen Eltern, weil sie die Kosten der weltlichen Schule nicht zahlen können, die Kosten der weltlichen Rechnung machen könnten. Er fordert deshalb wiederholt auf, daß ja unter diesen „aufläuter“ zu wirken.

Beschleunigt war ferner, daß unter den Anwesenden nur ganz vereinzelte Arbeiterfrauen herauszuwerfen waren. Das Gros der SPD-Frauenverammlung enthielt dem Kleinbürgerium, das noch nicht befreit hat, daß es auch ein Opfer der kapitalistischen Gesellschaft ist und nur durch den Befreiungskampf der Arbeiterklasse ebenfalls befreit werden kann.

\* Aktion, Penna-Akademie! Donnerstag, dem 29. Oktober, nachmittags 12.15 Uhr bis 2 Uhr findet in der Kartine II eine vom Betriebsrat einberufene Verammlung aller auf dem Werke beteiligten Schmelzblechbedienten und Schweißarbeitenvertreter statt. Da von sachmännlicher Seite die neuen Veränderungen des Arbeitsvertrages und der SPD. (Lohnaufwertung) lebhaft und konfliktreiche Fragen erörtert werden, ist das Erscheinen zu dieser Verammlung Pflicht. Die in den Produktionsbetrieben tätigen Arbeiter müssen wegen der Betriebsmiserie vor der Genehmigung des Betriebes einholen.

### Betriebsrat des Mannheimer Werkes.

\* „Die Schmelzblech“. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr findet im Tagelager der „Vollparl“ die endgültige Lohnaufwertung statt. An der Stellung einiger Mannheimer können sich noch einige Genossen und Genossinnen beteiligen. Die Weltanschauung der Schmelzblechler ist im Saal des „Vollparl“ am Freitag, dem 26. November, im großen Saal des „Vollparl“.

### Dieskau - Zimtschöne

Filmabend der Roien Hilfe. Am Donnerstag, dem 29. Oktober, findet in Dieskau im Gasthof Froschel ein Filmabend der Roien Hilfe statt. Das Referat übernimmt der vor kurzem aus dem Gefängnis entlassene Genosse Alfred Grabe. Der Film soll den Arbeitern die Notwendigkeit und die Aufgaben der Roien Hilfe zeigen. Der Filmabend ist im Saal des „Vollparl“ am Freitag, dem 26. November, im großen Saal des „Vollparl“.

### Mietleben

Verbeaband des I.A.H. Die Ortsgruppe Mietleben des I.A.H. hat am Sonntag, dem 21. Oktober, einen Verbeabend, verbunden mit Aufstellung und sonstigen Geschäftsnotizen im Gasthof „Zur Sonne“. Zu dieser Veranstaltung haben wir die gesamte Arbeiterklasse von Mietleben und Umgebung ein. Beginn des Arbeiterabends abends 8 Uhr am Gasthof „Zur Sonne“.

### Diemlich

Dorfartelligung. Heute abend 8 Uhr findet im „Gefellshaus“ eine wichtige Dorfartelligung statt.

## Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle. Heute abend 8 Uhr Mittwochsabend in der Produktions-Gesellschaft, Zimmer 4, Freitag abend Mittelverammlung in der Produktions-Gesellschaft, Zwehndorfstraße 14.

„Lange-Spartan-Bund“, Ortsgruppe Halle. Donnerstag, abend 8 Uhr, im „Vollparl“ haben die Spelmann, Donnerstag, abend 8 Uhr, im „Vollparl“ haben die Spelmann, Freitag abend 8 Uhr, im „Vollparl“ haben die Spelmann.

Verantwortlich: Max Hubmann, Eisenberg, für den redaktionellen Teil für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Krosch, Halle, Brückenstraße 14.

Ab kommenden Sonntag kaffieren unsere Trägerinnen den November-Abonnements-Beitrag. Rückständige Beiträge sind umgehend zu bezahlen. Der Verlag

Wachstuche, Frühstückerchen, Dauerwäsche, Gummi-Model, etc.

# Kommunistische Genossenschaftler heraus zur Vertreterwahl am Sonntag, dem 1. November, vormittags 10 bis 1 Uhr, in den Verteilungstellen. Mitgliedsbuch mitbringen.

Wählt die Liste Ruzschbach - Wiesner - Bowikfy - Kilian

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt









